

Die BRD in der *Demographie- Falle?*

Inhalt

1.	Situation BRD 2024.....	2
2.	Welche Grundprobleme werden kritisch?.....	3
2.1.	Hilfskräfte	3
2.2	Wohnung und Immobilie	4
2.3	Corona- Auswirkung.....	4
3.	Das Geburtenproblem.....	5
3.1.	Zu wenig Geburten.....	5
3.2	Alterspyramide	5
3.3.	Gesamtverlauf der Bevölkerungspyramide	7
3.4	Relative Anteile der Altersgruppen	8
3.5	Arbeitsstruktur	9
4.	Verfügbare Steuerungsmasse.....	10
5.	Wandel von der <i>Herstellenden Gesellschaft</i> zur <i>Dienstleistungs-Gesellschaft</i>	10
6.	Wo liegt das Problem einer abnehmenden Bevölkerung?	12
7.	Ausweg der Wirtschaft im <i>Wirtschaftswunder</i> : Import billiger Arbeitskräfte.....	13
8.	Wo liegt das Problem von Industrie und Gewerbe?	14
9.	Wo liegt das Problem des Staates?	15
10.	Hätte es eine Alternative gegeben?	17
11.	Die ethisch-moralische Seite einer Einwanderungspolitik.	18
12.	Fazit	19

Die BRD in der *Demographie- Falle*?

1. Situation BRD 2024

Die deutsche Gesellschaft ist 2024 durch eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen gekennzeichnet ¹:

- Die Wirtschaft hat sich seit 1960 aus einer Industriegesellschaft mit hohem Rationalisierungspotential in eine Dienstleistungsgesellschaft mit stetig abnehmenden Rationalisierungspotential entwickelt.
 - Als Folge stagniert nach ursprünglich steilem Anstieg das reale² BIP (Brutto-Inlands-Produkt) und nahm 1923 und 2024 sogar ab, wird dies auch 2025 voraussichtlich fortsetzen.
 - Damit stagnieren reale Staatseinkommen und Gesamteinkommen der Bevölkerung bei konstanter Bevölkerung, oder gehen sogar zurück.
- Es hat sich eine sehr kleine *Oberschicht* (~ 1%) herausgebildet, mit extrem hohem Einkommen und schnell wachsendem Kapital.
- Es gibt eine breite, zunehmend akademisch ausgebildete *obere Mittelschicht* mit auskömmlichem, international gesehen hohem Einkommen, bei bescheidener Kapitalbildung (z.B. Immobilie).
- Es gibt eine breite *untere Mittelschicht* mit nahe an der Grenze zur Armut liegendem verfügbarem Einkommen.
- Es gibt eine *Unterschicht* mit geringem oder keinem eigenen Einkommen und hohem Bedarf an Sozialzuschüssen.
- Die erzielbaren Einkommen der klassischen, einfachen Dienstleistungen aber auch der zunehmenden, anspruchsvollen sozialen Dienstleistungen wie Pflege, Kinderbetreuung sind zu niedrig, um den Personalbedarf mit Angehörigen der unteren Mittelschicht zu decken.
- Der Unterschied zwischen Sozialzuschüssen an die Unterschicht und verfügbarem Einkommen der unteren Mittelschicht ist zu gering, um einen Aufstieg zwischen beiden als Regelfall materiell erstrebenswert erscheinen zu lassen.
- Kosten von Wohnung und Immobilie steigen real weit stärker als Einkommen wegen
 - zunehmender Flächennachfrage pro Kopf,
 - Verknappung von Grund und Boden,
 - zunehmenden gesetzlichen und bürokratischen Auflagen,

¹ Im Folgenden wird im Allgemeinen von Inflation Null ausgegangen, also mit realen, deflationierten Werten argumentiert.

² Also deflationiert, nach Abzug der Inflationsrate von 5.9% in 2023, langfristig > 2,5%

- Spekulation der Immobilienbesitzer auf realen Wertzuwachs aufgrund der genannten Verknappungsmechanismen.
- Die Zahl der Kinder pro Bürger sank von ehemals > 1 auf unter 0.7; damit veränderte sich die Zahl der einheimischen Bewohner um ca. -0.7% pro Jahr (aktuell -500.000). Das Nachwuchs- Defizit würde bei seiner Fortsetzung zu einer kontinuierlichen Reduktion der aus Steuern bestehenden Staatseinkommen führen, vor allem aber die Finanzierung von Renten und Pensionen durch Abgaben aus laufenden Einkommen der schrumpfenden arbeitstätigen Bevölkerungsanteils (*Generationen-Vertrag*) unmöglich werden lassen.

Die Bundesregierung versucht aktuell und in den letzten Jahrzehnten dem Geburtenrückgang entgegenzusteuern, indem sie den Geburtenunterschuss durch Zulassen und Fördern von Einwanderung auffängt.

Während dies von der Bevölkerungszahl her *cum grana salis* gelingt, führt diese Lösung zu zusätzlichen wirtschaftlichen Problemen:

- Die Hoffnung, in ausreichender Zahl gut qualifizierte, außereuropäische Ausländer zu gewinnen erfüllt sich nicht, da diesen bessere Chancen in anderen Ländern, mit vertrauter Sprache oder Kultur geboten werden, wie z.B. seit jeher in den USA (*Braindrain*), Kanada, England, aber auch in den aufstrebenden, eigenen Heimatländern. Im Jahr 2018 hatten unter 400.000 Einwanderern nur 130.000 ein Berufsausbildung³
- Der qualifizierten Einwanderung steht eine höhere Auswanderung ganz überwiegend qualifizierter Erwerbstätiger gegenüber (250.000 in 2022⁴).
- Da die Zuwanderer aus nicht-EU-Staaten überwiegend nach deutschem Standard unqualifiziert sind, verfestigen sie den Bereich der Unterschicht und der unteren Mittelschicht und deren zu niedriges Arbeits- Einkommen und werden dort als Niedriglohn- Konkurrenz wahrgenommen und wirksam,
- Da sie zunehmend nicht als saisonale „Fremdarbeiter“, sondern mit Familie dauerhaft zuziehen, erhöhen sie den Bedarf an Immobilien und Bildung.
- Da sie oft unterqualifiziert bleiben, erhöhen sie den Bedarf an Sozialleistungen.

Im Jahr 2024, vor kritischen Wahlen, scheint ein Punkt erreicht zu sein, wo das Scheitern der bisherigen Politik offensichtlich wird und darüber nachgedacht werden muss, ob man sich mit der Einwanderungspolitik statt in eine Lösung in eine Falle bewegt hat.

2. Welche Grundprobleme werden kritisch?

2.1. Hilfskräfte

In einer alternden Gesellschaft, in der zunehmend Mütter langjährig berufstätig sind, und Familien sich weder um die Alten noch um Kleinkinder ausreichend kümmern können, müssen gut bezahlte und sozial anerkannte Hilfskräfte in ausreichender Zahl vorhanden sein. Dass sie trotz eines im Grund attraktiven Betätigungsfeldes mit den heute gebotenen Einkommen aus dem offensichtlich

³ <https://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0820.pdf>

⁴ <https://www.perspektiveausland.com/auswanderung/hochqualifizierte-fachkraefte-verlassen-deutschland-trotz-jobaussichten>

vorhandenen Reservoir an nicht akademisch Gebildeten oder denen ohne akademischen Berufsabschluss nicht gewonnen werden können, liegt eindeutig an einer zu geringen Vergütung.

Ähnliches gilt für die klassischen Dienstleistungsberufe in Handel, Gastgewerbe, Reinigung, etc.

Da die Summe der für Einkommen verfügbaren Mittel begrenzt ist, bedeutet das im Umkehrschluss, dass die mittleren Einkommen der inzwischen an Zahl sehr stark gestiegenen mindestens bis zur Hochschulreife gebildeten Mittelschicht zu hoch geworden sind. Sie orientieren sich weiter an Zeiten, in der diese Schicht einen kleinen, elitären Teil der Gesellschaft darstellte (3-5%), während sie heute 36% der Bevölkerung umfasst und auf 50% zusteuert.

2.2 Wohnung und Immobilie

Es ist ein klassischer Erfahrungssatz, dass die Kosten der Wohnung nicht mehr als 20 - 30% der frei verfügbaren Einkommen betragen dürfen, um ein angemessen auskömmliches Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Für der Gesamtbevölkerung liegt heute im Mittel über alle Wohnorte dieser Wert an der oberen Grenze von 30%, mit exzessiv hohen Werten bis 50% in Großstädten

Für die Unterschicht und teils für die untere Mittelschicht (*Armutgefährdete*) liegt der Mittelwert bei 50%⁵, ebenso für Studenten in den attraktiven Universitätsstädten.

Immobilien sind reale Werte, das heißt ihre Kosten pro Quadratmeter für Erbauer oder Mieter steigen mindestens mit der Inflationsrate; tatsächlich steigen sie schneller aus den vorher angeführten Gründen: Verknappung und Vorschriften-Zunahme.

Die verfügbaren Einnahmen stiegen (ohne ausgleichende Gegenmaßnahmen) langsamer als die Inflationsrate wegen des progressiven Steuersystems, das die inflationierten brutto- Einnahmen besteuert, und wegen der hohen Verbrauchssteuern auf Güter, die reale Werte sind (Lebensmittel, Benzin, Energie, etc.)⁶

Damit wachsen zunehmende Teile der Bevölkerung aus dem Bereich der für sie tragbarer Mieten oder Immobilienpreise heraus, insbesondere in den Regionen mit besonders hohen durchschnittlichen Mieten (Großstädte, Stadtzentren).

Eine Konsequenz ist die *Gentrifizierung*⁷: In den Stadtzentren konzentrieren sich Oberschicht und Akademiker, während Polizisten, Reinigungskräfte, Krankenschwestern und andere, welche *die Städte am Laufen halten*, dort keinen Platz mehr finden und zunehmende Teile ihrer „Freizeit“ und ihres geringen Einkommens für lange Fahrten zu billigeren Außenlagen opfern müssen.

2.3 Corona- Auswirkung

Die Kontaktbegrenzungen in der Coronakrise führte für viele im unteren Dienstleistungsbereich Tätige von Seiten der Arbeitgeber zu Kündigung oder Reduzierung des Einkommens. Diejenigen, die eine neue Tätigkeit in anderen, weniger betroffenen Bereichen suchten und fanden, stellten häufig fest, dass das mit besseren Arbeitsbedingungen und möglicherweise auch höherem Einkommen verbunden war. Sie gingen damit für den Bereich der unteren Dienstleistungen dauerhaft

⁵<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/eurostat-anteil-wohnen-haushaltseinkommen-silc.html>

⁶ Bei Mieten ist zu bedenken, dass die Vermieter typischerweise in der obersten Steuerklasse bewertet werden. Ausgleich eines inflationären Einnahmenverlustes setzt daher ein mit diesem belastete Mieterhöhung voraus.

⁷ Aus dem Englischen: *gentry* der niedrige Landadel

verloren, so dass einzelne Betriebe nicht mehr die verlangte und vom Publikum gewohnte Dienstleistung anbieten können, oder schließen müssen (*Arbeitskräftemangel*).

3. Das Geburtenproblem

3.1. Zu wenig Geburten

Das Grundproblem der Gesamtentwicklung ist, dass seit dem Ende des zweiten Weltkriegs bei etwa gleich bleibender Einwohnerzahl die Zahl der Geburten pro Frau von 2.5 ab 1965 stark abnahm, bis sie sich ab 1975 eine Zeit lang bei knapp 1.4 bis 1.5 einpendelte und schließlich 2023 auf 1.35 sank. Ein Ausgleich hätte einen Wert etwas über 2 vorausgesetzt (1 lebendgeborenes Kind je Mann und je Frau). Das folgende Bild zeigt die Entwicklung⁸.

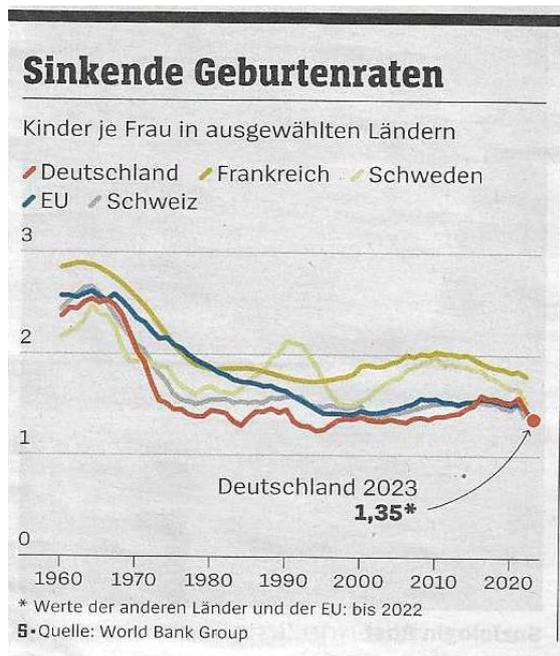


Abbildung 1

Es handelt sich hier nicht um eine spezifisch deutsche Entwicklung, wie die Graphen für wichtige europäische Länder in Abbildung 1 zeigen⁹, wobei der Abfall der Geburtenrate allerdings in Deutschland besonders früh und ausgeprägt einsetzte.

Die Rentenreform 1955 trug zu dieser Entwicklung bei, da nunmehr die Versorgung im Alter nicht mehr von den eigenen Kindern erwartet werden musste. Dazu kam die gesellschaftliche Entwicklung von einer von Knappheit geprägten Industriegesellschaft in eine von zunehmendem Überfluss geprägte Wohlstandsgesellschaft, in der dem persönliche Ziel einer Selbstverwirklichung zunehmend Vorrang vor der Familie mit Kindern und den damit verbundenen, persönlichen Einschränkungen eingeräumt wurde¹⁰.

Werkzeuge zur Verminderung der Geburtenzahl waren die Entkriminalisierung der Abtreibung, insbesondere aber 1960 die Entwicklung und Einführung der *Antibaby-Pille*.

Zusätzlich zum Abfall der Geburtenrate hat sich

- die mittlere Lebensdauer erhöht,
- die Zeit der Erwerbstätigkeit durch späteren Eintritt ins Erwerbsleben und früheren Rentenbeginn vermindert,
- die mittlere Geburtsalter von Müttern stark erhöht.

3.2 Alterspyramide

Man kann aus allgemein zugänglichen statistischen Daten die Veränderungen der daraus resultierenden Bevölkerungsstruktur rekonstruieren. Bei zunehmenden Alterslastigkeit und abnehmender

⁸ <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Bevoelkerung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVII1b.pdf>

⁹ Der Spiegel Nr 39, 12.9.2024 S. 34 Interview Prof. Katja Rostek

¹⁰ Andreas Reckwitz „Die Gesellschaft der Singularitäten“ Suhrkamp 1922 ISBN 978-3-518-58742-3

Zahl von Erwerbstätigen, also der produktiv Tätigen, Steuer- und Renten- Beiträgen-Zahlenden, bildet sich ein Alterspyramide¹¹ aus, deren Fundament der Kinder wegschrumpft.

Bild 2 zeigt vereinfachte Altersstrukturen in Deutschland für die Jahre 1900, 1950 und 2021. Nach

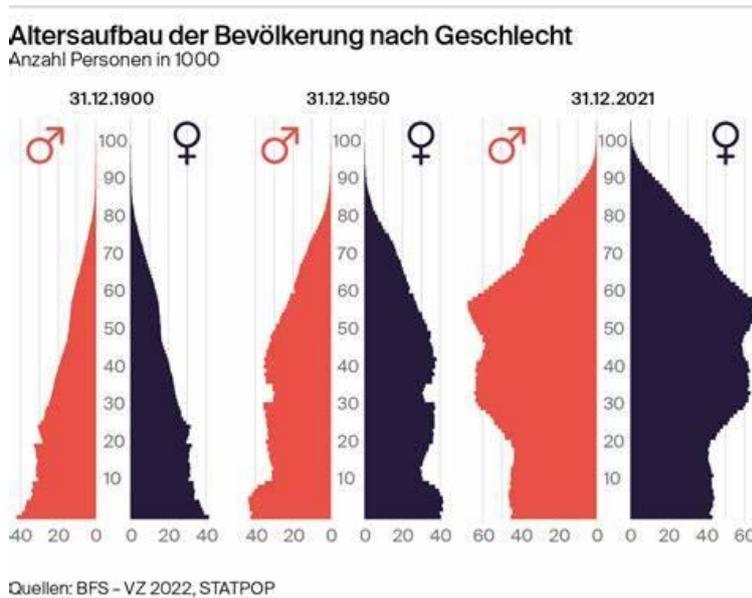


Abbildung 2

oben ist das Alter aufgetragen, nach rechts oder links die Zahl der Einwohner in einer Jahrgangsguppe, getrennt nach Frauen und Männern.

Zukünftigen Renten- und Pensionsempfängern stehen immer weniger nachwachsende Erwerbstätige gegenüber, wobei sich die von den Erwerbstätigen zu finanzierende Rentenzeit bei konstantem Renteneintrittsalter durch die erfreuliche Verlängerung der Lebenszeit erhöht.

Genauere Daten mit aussagekräftigen Graphiken zur Alterspyramide der BRD ab 1950, mit Vorausberechnungen bis 2070, findet man bei *service.destatis*¹².

In der Pyramide sind drei wesentliche Altersgruppen zu unterscheiden:

- *Erwachsene* von ca. 20 bis 65, die grundsätzlich als Erwerbstätige Einkommen erzielen, und Steuern und Abgaben (Rentenbeiträge, etc.) leisten könnten.
- *Alte* über ca. 65, die kein Tätigkeits- Einkommen erzielen und deren Basis- Unterhalt von den Erwerbstätigen als Rente oder Pension finanziert wird, einschließlich der von den Alten abzuführenden Steuern und Abgaben.
- *Junge* von 0 bis ca. 20, die kein Einkommen erzielen, die keine Einkommenssteuer (wohl aber Umsatzsteuer auf ihre Konsumausgaben) und Abgaben abführen, und die von ihren erwachsenen Eltern finanziert werden.

Im Jahr 1900 lag tatsächlich eine *Pyramide* vor, bei der eine breite Basis neuer Geburten praktisch linear zu einer Spitze bei 80 Jahren führte. Daraus konnte man für die nahe Zukunft auf eine wachsende Bevölkerung mit für Dekaden konstanter Altersverteilung schließen. Folgen wären gewesen

¹¹https://www.bing.com/images/search?view=detailV2&ccid=raWqajno&id=498C554D6684970F4E37A33C98153FE158415658&thid=OIP.raWqajnonwkNWd2Rf_1xnwHaGR&mediaurl=https%3A%2F%2Fwww.wuest-partner.com%2Ftachyon%2Fsites%2F2%2F2023%2F06%2FGrafik_Alterspyramide.png&cdnurl=https%3A%2F%2Fth.bing.com%2Fth%2Fid%2FR.ada5aa6a39e89f090d59dd917ffd719f%3Frik%3DWFZBWOE%252fFZg8ow%26pid%3DImgRaw%26r%3D0&exp=851&expw=1004&q=alterspyramide&form=IRPRST&ck=D98E662897389580B6FEED221FC11CAA&selectedindex=27&itb=0&ajaxhist=0&ajaxserp=0&pivotparams=insightsTo-ken%3Dccid_nzcE6xxu*cp_196232C534C94DBC569657686758C4E4*mid_CE7803FB2D92F08B34BF437E9F488F951490E3CB*thid_OIP.nzcE6xxuS7Uo29LsszIPWQHAF0&vt=0&sim=11&iss=VSI&simid=608030948992497075&ajaxhist=0&ajaxserp=0

¹² <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html#!y=2070>

(bei gleichbleibenden Raten von Steuern und Abgaben): stetig zunehmende Einnahmen von Staat und Rentenkasse.

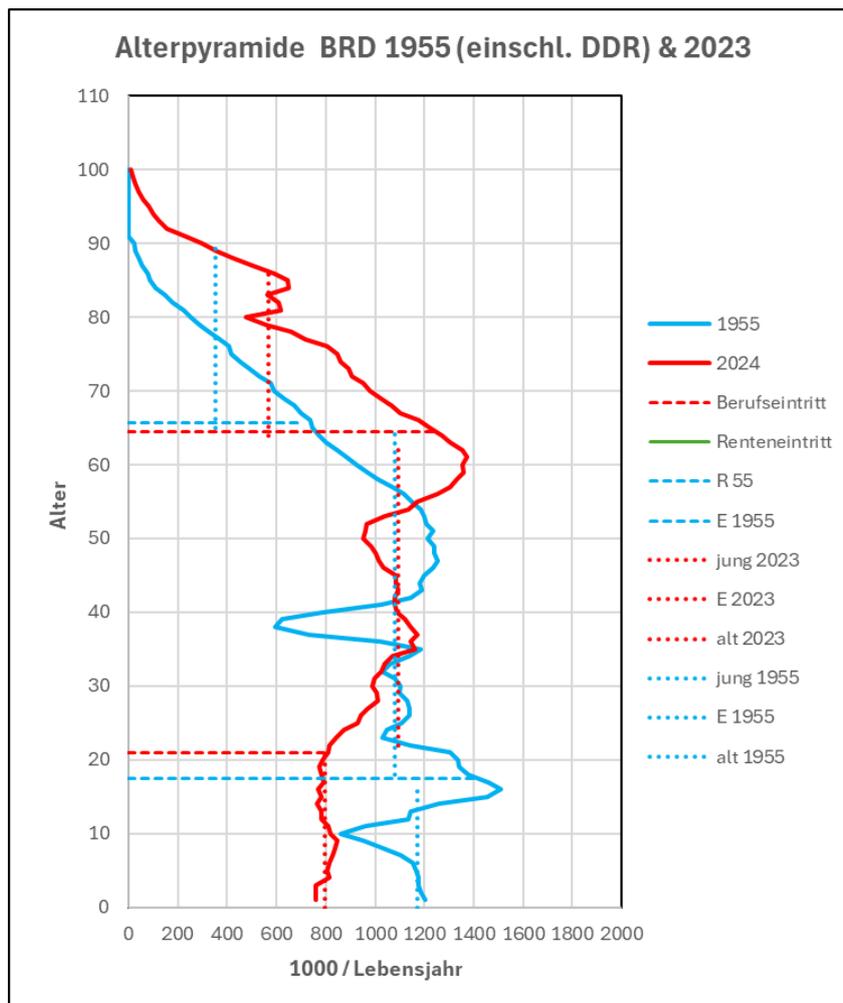
Im Jahr 1950 hatte sich die Verteilung in eine Alten- Pyramide auf einem Pfeiler-Sockel von Jungen und Erwachsenen geändert. Eine naheliegende Prognose war hier eine etwa gleichbleibende Verteilung, mit der Folge gleichbleibender Einnahmen von Staat und Rentenkasse, bei mäßig zunehmender Belastung der Rentenkasse.

Tatsächlich folgte aber der überraschender Einbruch des Geburtensockels, so dass 2021 ein dicker Bauch von Erwachsenen und Alten auf einem schmalen Sockel von Jungen steht. Als Prognose kann man schließen, dass dieser Bauch in die Gruppe der Alten hineinwachsen wird, während der Bereich der Erwachsenen ausdünn. Folgen: stark abnehmende Einnahmen von Staat und Rentenkasse, bei zunehmender Belastung der Rentenkasse.

3.3. Gesamtverlauf der Bevölkerungspyramide

Man kann diese Graphiken über begrenzte Zeiträume so interpretieren, dass die zeitliche Änderung für eine bestimmten Altersgruppe in x Jahren aus der Verschiebung der momentan um x Jahre darunter liegenden nach oben entsteht, wobei die ältesten Jahrgänge durch Tod ausscheiden.

1955 (blau): Man erkennt die Wirkung des zweiten Weltkriegs 1939 - 1945 (ca. 7 Millionen deutsche Kriegstote), um 35 Jahre zeitversetzt: klar ersichtlich ist der Einbruch bei den jungen Erwachsenen, weniger klar ist die verringerte Zahl der Alten als Konsequenz der älteren



Kriegstoten abzulesen. Die Geburtenrate war vor und im Krieg hoch, um unmittelbar danach einzubrechen, mit einer gewissen Erholung in der Zeit des *Wirtschaftswunders*.

2023: Die Kriegstoten bei den ehemals Jungen sind jetzt als Einbruch bei den Alten (80 – 90) wirksam; ohne sie wäre die Zahl der Rentner noch höher. Das mittlere Lebensalter stieg um ca. 10 Jahre an; das erhöhte die Zahl der Rentner aber nur mäßig. Das Maximum der Erwachsenen ist als Folge der hohen Geburtenrate im Krieg und des Einbruchs ab ca. 1990 nahe an die Altersgrenze verschoben. Sie wird in den nächsten Jahren die Zahl der Rentner vergrößern und die der Erwachsenen vermindern.

3.4 Relative Anteile der Altersgruppen

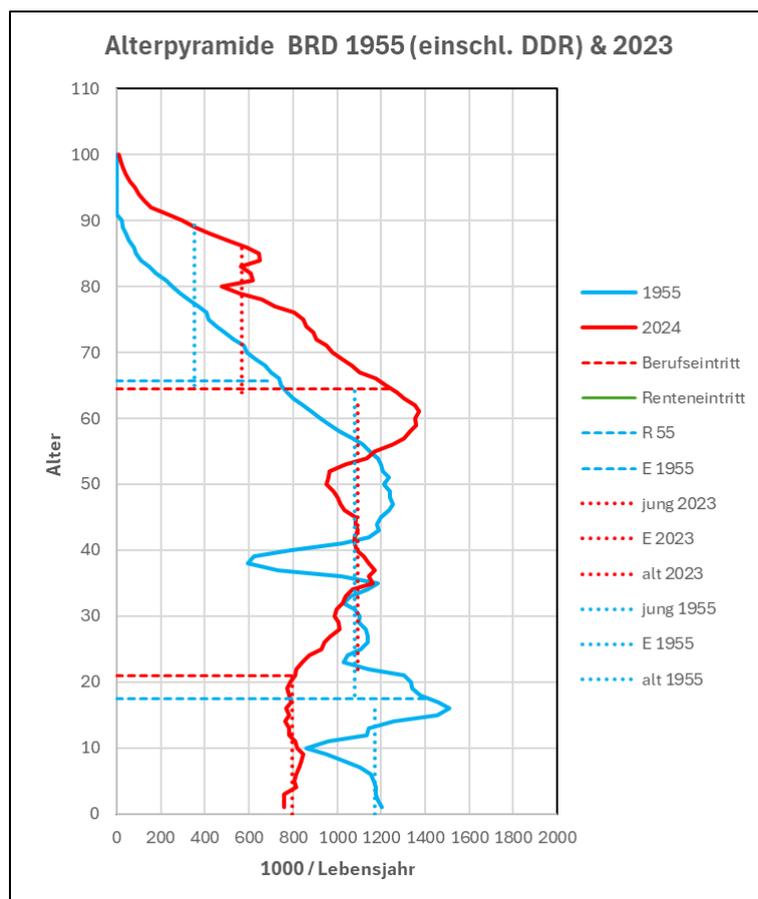


Abbildung 3

Wir wollen in Bild 3 die Verhältnisse von 1955 (Einführung des umlagebasierten Rentensystems) und 2023 et- was detaillierter vergleichen. Frauen und Männer eines Jahrgangs sind zu- sammengefasst (die Unterschiede sind gering und hier unwesentlich).

Die gepunkteten, vertikalen Geraden kennzeichnen die Mittelwerte der Altersgruppen.

- *Erwachsene*: der Mittelwert bleibt nahezu gleich
- *Junge*: sehr starker Zurück- gang
- *Alte*: starke Zunahme.

Die gestrichelten, horizontalen Li- nien kennzeichnen die Erhöhung des Berufs (Erwachsenen¹³) -Eintrittsal- ters und des Renten- Eintrittsalters.

- *Junge*: starke Erhöhung
- Erwachsene: Verringerung von beiden Seiten
- *Alte*: mäßige Zunahme

¹³ Bonmot „wann ist jemand erwachsen“? Nicht mit einem bestimmten Alter, sondern *Sobald er Verantwortung für sich und andere übernimmt.*

3.5 Arbeitsstruktur

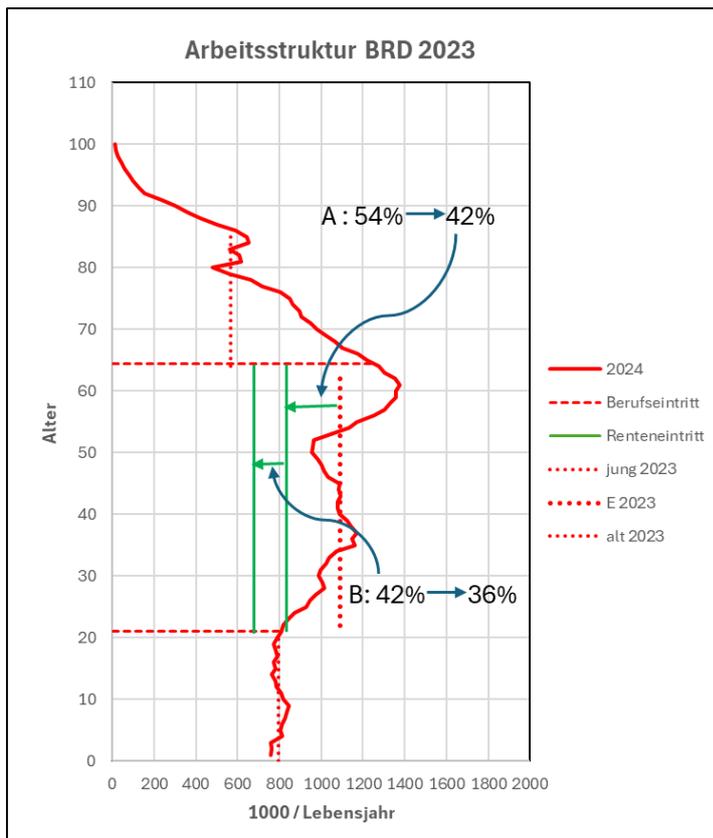


Abbildung 4

Die bisherigen Überlegungen galten der Bevölkerungsstruktur und speziell dem Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen möglichem Berufsantritt und Rente, im Jahr 2023 mit 54% der Gesamtbevölkerung. Der ist aber nicht identisch mit dem Anteil, der tatsächlich arbeitet oder voll arbeitet. Diese Korrekturen sind in Bild 4 dargestellt.

In der BRD ist 2023 die Erwerbstätigenquote 77,3%¹⁴. Damit reduziert sich der Anteil der arbeitenden Bevölkerung zwischen Berufseintritt und Rente auf $54\% \cdot 0,73 = 42\%$ (A).

Unter den Arbeitenden beträgt der Anteil der Teilzeitarbeit 2023 30,9%¹⁵. Rechnet man mit einer Teilzeit von je 50%, dann reduziert sich der Anteil äquivalenter Vollzeitarbeiter an der Bevölkerung um 15% auf schließlich $54\% \cdot 0,73 \cdot (1 - 0,15) = 36\%$ (B).

Dieser geringe Anteil an der Bevölkerung erwirtschaftet das Einkommen für 100% der Bevölkerung und damit auch die Einnahmen von Staat und Rentenkasse.

Steuern, die etwa Rentner oder Jugendliche abführen (z.B: Mehrwertsteuer auf Konsumgüter), gehören ebenfalls dazu, da sie ja auf Einnahmen der Rentenkasse, Zuschüssen des Staates oder Zuschüssen der Eltern basieren, deren Quelle die Abgaben der tatsächlich Erwerbstätigen sind.

Auch die Zuschüsse des Staates an Jugendliche, Eltern oder Erwachsene und Rentner im Rahmen von sozialen Umverteilungen basieren auf Steuern, die vorher in dieser Schicht erarbeitet wurden.

Das wirtschaftliche Wohl der gesamten Gesellschaft basiert also auf einer schmalen Säule in der Bevölkerungspyramide.

Entsprechend kritisch werden von ihr weitere Versuche des Staates zur Überwältigung einer *Rentenkrise* empfunden, die zu ihren Lasten gehen, seien es Erhöhungen von Steuern, seien es Erhöhungen der Rentenbeiträge oder des Renteneintritts, Festschreiben eines hohen Rentenniveaus oder weitere Akademisierung der Bevölkerung unter Erhöhung des Berufs- Eintrittsalters.

Die für zukünftige Einkommen wirksame Zahl der Geburten bedarf noch einer kleinen Korrektur: die ins Erwerbsleben überlebende (effektive Zahl) der Geburten ist kleiner als die der Lebend- Geburten, wegen Todesfällen in der

¹⁴ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html>

¹⁵ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Gleichstellungsindikatoren/tab-Teilzeitquote-nach-geschlecht-f25.html?nn=641904>

Jugend und weil nicht alle überlebenden Kinder erwerbsfähig werden. Für die Zahl der Lebend- Geburten kann man im Mittel der letzten 10 Jahre in Bild 1 einen statistischen Wert von rund 1.50 pro Frau ablesen, aktuell 2023 von 1.35. Der Anteil der Schwerbehinderten an der Bevölkerung beträgt aktuell rund 9%: Nimmt man an, dass die Hälfte davon auf angeborene oder spätere Behinderungen mit sehr eingeschränkter Berufsfähigkeit entfällt, dann reduziert das die *effektive Geburtenrate in die Berufstätigen* auf 1.43, bzw. 1.23 . Dies ist also eine realistischer Bereich von Annahmen für die BRD von 1990 bis 2023.

4. Verfügbare Steuerungs-masse

In dem Essay *Inflation, Staat und Gesellschaft* wurde ausgeführt, dass ein realer Zuwachs an Geld für Einkommen, Steuern, Abgaben und Gewinne auf den deflationierten Rationalisierungserfolg von Unternehmen, Sparten und Gesamtwirtschaft begrenzt ist¹⁶:

„Rationalisierungserfolg, der sich aus technischen Verbesserungen, Produktinnovation, Effizienzerhöhung in Ablauf, Erschließung günstigerer Lieferquellen, Wachstum im In- und Ausland (economy of scale), Ausscheiden der nicht mehr Konkurrenzfähigen, etc. ergibt

Im Industriebereich sind die Möglichkeiten der Rationalisierung hoch und im Mittel werden jährliche Steigerungen > 1% erreicht . Im Dienstleistungsbereich existieren sie kaum oder sind sogar negativ (Steigerung des bürokratischen Aufwands). Der Wandel der BRD von einem Industrieland (1960: 60% Industrie- Wertschöpfung) zu einem Dienstleistungsland (2023: 70% Dienstleistungs -Wertschöpfung) war daher mit einem entsprechenden Absinken des Rationalisierungsgewinns der Gesamtwirtschaft verbunden“

Bei einer momentanen Schiefelage der ökonomischen staatlichen Strukturen ist also der Handlungsspielraum ohne Eingriff in die bestehenden Strukturen auf den staatlichen Anteil am realen Rationalisierungserfolg der Gesamtwirtschaft begrenzt. Man kann seinen Anstieg prozentual grob mit dem Anstieg des realen BIB gleichsetzen.

5. Wandel von der *Herstellenden Gesellschaft* zur *Dienstleistungs-Gesellschaft*

Bild 5 zeigt den zeitlichen Wandel der Wirtschaftsstruktur und die damit einhergehende Abnahme des Wachstums im BIP.

¹⁶ <https://www.we-heraeus-stiftung.de/dieter-roess/>

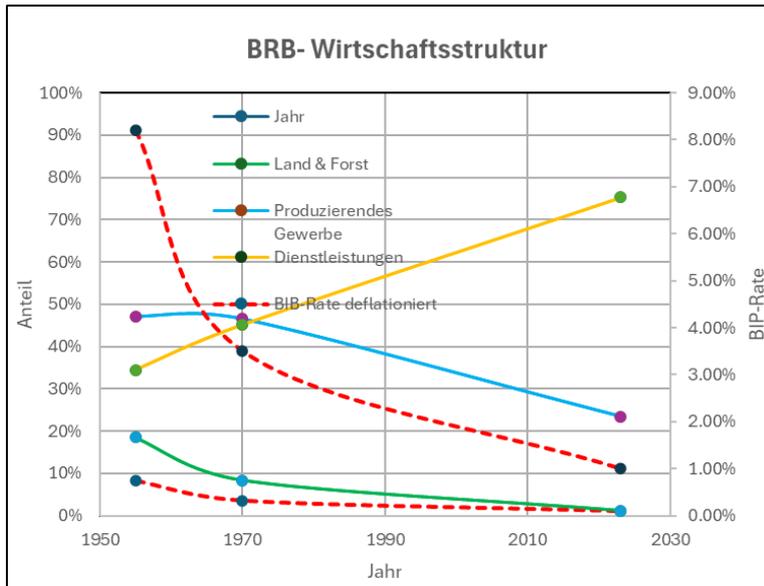


Abbildung 5

Der Anteil am BIP von *Landwirtschaft und Forsten* (primärer Wirtschaftszweig) sank dramatisch von fast 15.5% auf 1.2 % bei praktisch konstantem Produktionswert, was ganz außerordentliche Rationalisierungserfolge widerspiegelt.

Der Anteil des *Produzierenden Gewerbes* (sekundärer Wirtschaftszweig) sank von 47.1% auf 23.5% bei stark erhöhtem Produktionswert, war also ebenfalls mit großen Rationalisierungserfolgen verbunden.

Der Anteil der „Waren“ herstellenden Zweige verändertes sich zusammen von rund 65% auf rund 25%.

Dagegen stieg der Anteil der *Dienstleistungen* (tertiärer Sektor) von 34% auf 75%. Gleichzeitig fiel die Wachstumsrate des realen (deflationierten) BIP (rechte Ordinaten-skala) von 8,2% über 3.5% auf nunmehr praktisch negative Werte in 2023/2024 und voraussichtlich auch in 2025. Dies spiegelt die sehr geringe Rationalisierungsrate im Dienstleistungsbereich wider.

In Medien und der Politik der BRD wird der Wandel von einer Industriegesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft gerne mit dem Prozess in den USA verglichen und als Gang aus einer vormodernen Arbeitergesellschaft in eine reife, moderne Gesellschaft mit höherem Bildungsniveau interpretiert. Dabei denkt man z. B. an das Aufwachsen der *Informationstechnik* (ITF) oder der Medien, die in der offiziellen Statistik dem Dienstleistungssektor zugeordnet sind.

Hier ist Vorsicht geboten, wie ein Vergleich mit Daten der in diesen Frage stets als Vorbild genannten USA und ein Blick in die Struktur des Dienstleistungssektor in der BRD zeigt.

	USA	BRD	Verhältnis USA/BRD
Bevölkerung	333 Mio	83Mio	4,0
Export Standard- Software	337 Mia	20 Mia	17
Umsatz digitale Medien	234 Mia	14 Mia	16.5

Sowohl bei international handelbarer Software wie bei Unterhaltungsinhalten liegt die BRD pro Kopf der Bevölkerung um einen Faktor 4 hinter den USA zurück.

Zum Export von Standard- Software (20 Mia) trägt außerdem in der BRD ein einziges, aus einer USA- Firma ausgegründetes, Unternehmen (SAP¹⁷) allein 16.8 Mia bei, während sich rund 100.000 Firmen im Dienstleistungsbereich *ITF* tummeln.

Hier zeigt sich, dass die Einordnung aller ITF- Aktivitäten in den Dienstleistungssektor eine überholte Struktur ins Jetzt überträgt: Firmen wie *SAP, Microsoft, Facebook* sind *moderne Industrien*, mit hohem Wachstumspotential und großen Rationalisierungsmöglichkeiten, während die vielen IT- Kleinunternehmen tatsächlich klassische Dienstleister mit geringem Wachstum und wenig Rationalisierungspotential darstellen.

¹⁷ Gegründet 1972 von 5 aus der IBM ausscheidenden Initiatoren: *Hasso Plattner, Dietmar Hopp, Klaus Tschira, Hans-Werner Hector und Claus Wellenreuther*

Dies spiegelt den *winner-takes-it all* -Charakter hochinnovativer Märkte im digitalen Zeitalter wider: ganz wenige Stars steigen in früher kaum vorstellbare, kommerzielle Höhen, während der große Rest so dahintümpelt (*Software, Unterhaltung, Medien, Kunst, Internethandel, etc.*)¹⁸. Dieses Spiel ist für alle Anfänger mit hohem Risiko verbunden und ein Erfolg ist im Einzelfall in der Frühphase nicht sicher vorhersagbar. Sicher ist aber: *wer nicht ganz früh, risikobereit, klein und innovativ dazugehört, ist bereits ein Verlierer und hat so gut wie keine Chance des Aufholens.*

In

<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=tabelleErgebnis&selection-name=48112-0001&sachmerkmal=WZ08F2&sachschluessel=WZ08-49,WZ08-50,WZ08-51,WZ08-52,WZ08-53,WZ08-58,WZ08-59,WZ08-60,WZ08-61,WZ08-62,WZ08-63,WZ08-64,WZ08-65,WZ08-66,WZ08-68,WZ08-69,WZ08-70,WZ08-71,WZ08-72,WZ08-73,WZ08-74,WZ08-75,WZ08-77,WZ08-78,WZ08-79,WZ08-80,WZ08-81,WZ08-82,WZ08-85,WZ08-86,WZ08-87,WZ08-88,WZ08-90,WZ08-91,WZ08-92,WZ08-93,WZ08-95,WZ08-96#abreadcrumb>

ist eine ausführliche Tabelle des Dienstleistungssektor der BRD laut amtlicher Benennung dargestellt. Man sieht: die große Masse besteht tatsächlich aus *klassischen Dienstleistern*, unter denen Geld hin und her (und zum Staat) wandert, die aber keinen *Wert* erzeugen, der z.B. international handelbar wäre.

6. Wo liegt das Problem einer abnehmenden Bevölkerung?

Naiv gesehen, liegt es darin, dass bei sonst gleichbleibenden Bedingungen

- weniger Erwerbspersonen weniger Güter erzeugen,
- Unternehmen weniger Umsatz im Inland erzielen,
- weniger Steuern von Erwerbstätigen an den Staat abgeführt werden, die für allgemeine Aufgaben und Sozialausgleich zur Verfügung stehen,,
- das Land „international weniger wettbewerbsfähig wird“ (die BRD z.B. irgendwann nicht mehr der wirtschaftlich wichtigste EU-Staat ist).

Überlegt man, was die Veränderung für den einzelnen Bürger bei sonst gleichbleibenden Bedingungen im ersten Augenschein bedeutet:

- Er erzeugt mehr Güter im Rahmen der Rationalisierungsmöglichkeiten
- Arbeitseinkommen, Rente oder Sozialbezüge stiegen im Rahmen der Rationalisierungsmöglichkeiten
- Wohnraum wird jährlich im Betrag des Geburtenunterschusses frei; Wohnungskosten fallen.

Wie sieht es bei den Unternehmen aus? Um den Umsatz mindestens zu halten, müssen sie entweder:

- rationalisieren (den Arbeitsaufwand pro Produktionseinheit reduzieren)
- mehr exportieren oder sich internationalisieren
- innovieren (neue Produkte erfinden und vermarkten)

Staat und Politiker

- Der Staat muss seine laufenden Kosten (Staatsausgaben) im Verhältnis des Geburtenunterschusses reduzieren

¹⁸ Reckwitz, Fußnote 9

- Er kann im Verhältnis des Geburtenunterschusses weniger Wohltaten versprechen oder verteilen
- Seine Bedarf an Ausgaben für Infrastruktur und Sozialtransfer sinkt
- Er wird im internationalen Vergleich „kleiner“

Wie man sieht, hat der einzelne Mittelschicht- Bürger im ersten Augenschein eigentlich keine Nachteile, eher den Vorteil eine andauernden Drucks auf den Immobilienmarkt. Der Anstieg der Rentenbeiträge wird geringer sein als die Entlastung bei Wohnkosten. Er könnte sagen: *wo liegt eigentlich ein Problem?*

Dazu muss man Wirtschaft und Staat betrachten und überlegen, wie die BRD eigentlich in die Falle einer gewollten Zuwanderung in den Arbeitsmarkt geraten ist (die letztlich auf nichtwirtschaftlichen Argumente beruhende, humanitär begründete Zuwanderung bleibt hier ausgeklammert, war auch ursprünglich kein quantitatives Problem).

7. Ausweg der Wirtschaft im Wirtschaftswunder: Import billiger Arbeitskräfte

Nach dem nahezu vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft 1945 und Verarmung der Bevölkerung setzte mit dem energischen Wiederaufbau das „deutsche Wirtschaftswunder“ ein, das schnell zu einer Verbesserung der industriellen und bäuerlichen Einkommen und des Konsums und damit des Steueraufkommens des Staates führte, bei nahezu Vollbeschäftigung der verfügbaren Arbeitskräfte.

Dabei war ein erheblicher Teil der Arbeiter zunächst in der damals erst gering mechanisierten Landwirtschaft als Hilfskräfte beschäftigt, bei verhältnismäßig niedrigen und stagnierendem Einkommensniveau. Abwanderung in die einkommensmäßig attraktivere Industrie deckte deren zunehmenden Bedarf und erzwang in der Landwirtschaft einen unerhörten, sich über viele Jahrzehnte erstreckenden Rationalisierungsschub. Kurzfristig führte er zur Anwerbung „billiger“ ausländischer Saisonarbeiter, zunächst vor allem aus Italien, von denen anfänglich wenige hier sesshaft wurden.

Außerhalb der Industrie bildete sich in Handel, Gewerbe und sonstigen Dienstleistungen ein Tätigkeitsbereich mit niedrigem Einkommen aus, der sich in den folgenden Jahrzehnten stark erweiterte, aber im Einkommensniveau nicht den Anschluss an die Entwicklung der Industriearbeiter fand. Hier ergriffen Gewerbe und Industrie den Ausweg des Imports von Fremdarbeitern aus immer mehr zurückgebliebenen Ländern als Hilfskräfte auf dem untersten Einkommensniveau, die bei zunehmender Sesshaftigkeit auch das Absatzpotential der Konsumindustrie erweiterten. So trugen sie über die hohen Konsumsteuern neben den Einkommensteuern des Familienoberhaupts zum steigenden Staatseinkommen bei, verhinderten aber mit ihrer ersetzbaren Konkurrenz, dass sich dauerhaft in der Bevölkerung ein Bereich mäßig qualifizierter Dienstleistungs- Tätigkeiten mit auskömmlichem Einkommen bildete.

Die Landwirtschaft, die mit ihrer überkommenen Produktionspraxis (*Knechte und Mägde*) Auslöser des Bedarfs an niedrig entlohnen Kräften war, konnte in der Folgezeit mit Rationalisierungsmaßnahmen bei zunehmendem Kapitaleinsatz diesen Begrenzung sprengen, nicht aber Gewerbe und Industrie, die auch heute noch einen hohen Bedarf an Niedriglöhnern reklamieren.

8. Wo liegt das Problem von Industrie und Gewerbe?

Es gibt Denkmuster, die allgemein verbreitet und geglaubt werden, die aber zumindest für die BRD mit ihrer spezifischen Vergangenheit und ihrem Unternehmensmilieu im Mittel einfach nicht stimmen. Dazu gehören.

- a) *Manager sind entscheidungsfreudig und mutig*
- b) *Firmen und Kapitalisten gehen in Erwartung zukünftiger Gewinne hohe Risiken ein.*

Die Wirtschaft in der BRD wird von Unternehmen geprägt, die entweder sehr groß oder bereits seit Generationen im Familienbesitz sind.

Traditionelle Großunternehmen werden in der BRD nicht von den Besitzern geführt, sondern von Angestellten (Abteilungsleiter, Direktoren, Vorstände), die als leitende Angestellte jederzeit kündbar sind und die selbst keine wesentlichen Anteile am Unternehmen besitzen. Sie wissen aus Erfahrung, dass eine riskante Handlungs- Entscheidung mit positivem Ergebnis weit niedriger belohnt wird (Prämie,), als eine mit negativem bestraft (Entlassung). Insofern sind sie risikoscheu und wählen bei vorliegenden Alternativen die Fortsetzung derjenigen, die bisher funktioniert hat.

Unternehmerfamilien (aber auch traditionsreiche, den Krieg überlebend habende Großunternehmen) steckt das Erlebnis einer zweimaligen, fast totalen Geld- und Substanz- Entwertung in den Knochen. Ihre Chefs suchten den bescheidenen, aber sicheren Erfolg in Heimatland und Umgebung bevor sie, größtmäßig gedrängt, in globale Dimensionen wuchsen, und sie scheuen das Wagnis des großen finanziellen Risikos: bei erkennbarem Niedergang akzeptiert man eher viele Jahre mäßige Verluste, anstatt einmal entschlossen richtig viel Geld in die Hand zu nehmen.

Sicher gab es auch in der Vergangenheit Fälle, die nicht in dieses Schema passen und heute mag das auch graduell anders aussehen als 2000. Auch gibt es einige sehr erfolgreiche, erst nach dem Krieg entstandene Gründer- Unternehmen, die innovativ und mutig den Weltmarkt aufgerollt haben. Wir sind aber an dem langfristigen Einfluss mittleren Verhaltens interessiert, das vom Kriegsende zum gegenwärtigen Zustand geführt hat.

Dem Gewerbe gelang es in der gesellschaftlichen Konkurrenz der Nahkriegszeit nicht, neben dem *Niedriglohnsektor* der Industrie und seinem steten Nachschub aus dem Ausland ein auskömmliches Einkommensniveau seiner Mitarbeiter gegenüber seinen Kunden, also den „Besserverdienenden“ und dem Staat durchzusetzen. Dass dies so ist, wurde einer breiten Öffentlichkeit erstmals in der Corona- Epidemie offenbar, als Beschäftigte in Dienstleistungen, vorübergehend einkommenslos geworden, in andere offene Stellen flüchteten, um dort dauerhaft zu verbleiben.

Hier hofft man aktuell im außereuropäischen Ausland Nachschub zu finden und benutzt gerne das Argument, dass nicht der niedrige Lohn ausschlaggebend sei, sondern die Unattraktivität der Arbeiten, die eine interne Lösung unmöglich machten.

Dazu ein Ausschnitt aus einem aktuellen Interview in der SZ¹⁹ mit dem Wirtschaft -Nobelpreisträger **Angus Deaton** zur vergleichbaren Migranten- Situation in den USA

- SZ (Ann-Kathrin Netzik): *Einwanderer arbeiten als Küchenhilfen, Putzkräfte, Bauarbeiter. Sie machen jene Jobs, die Amerikanern zu schmutzig sind.*
- Angus Deaton: *Unsinn! Wären die Löhne höher, würden Amerikaner diese Arbeit sehr wohl machen.*

¹⁹ SZ vom 5. September 2024 „Man kann in Land nicht nur mit Studierten regieren“ https://zeitung.sueddeutsche.de/issues/sz/sz_2024-09-05/page_2.3105804/article_1.3107389/article.html

Das Problem der nicht zu besetzenden Dienstleistungen hat also nichts damit zu tun, dass die Bevölkerung abnimmt, sondern liegt an einer unattraktiven und gegenüber den Dienstleistungs-Ansprüchen aller nicht gerechtfertigten Verteilung der Einkommen.

9. Wo liegt das Problem des Staates?

- Das offensichtliche, aber im Grundsatz einfachere Problem für den Staat ist, dass er bei sinkender Bevölkerung seine aktuellen Ausgaben proportional dazu reduzieren müsste.

Wem unter den Lesern an diesem Punkt das *Parkinsonsche Gesetz* über die stetige Aufblähung von Behörden nicht sofort einfällt, dem wir dringend empfohlen Kapitel 1- 5 in der Ausgabe von 1987 nachzulesen²⁰. Parkinsons Analyse der Mechanismen großer Behörden ist zwar in die angenehm lesbare Form einer Satire eingebettet, zeigt aber in größter Schärfe die Probleme auf, die bei einer notwendigen Reduktion zu überwinden wären.

- Das weniger offensichtliche, schwierigere Problem liegt darin, dass ein wesentlicher Teil der Staatsausgaben nicht auf aktuellen Bevölkerungszahlen basiert, sondern auf vergangenen Zusagen und damit vergangenen Bevölkerungszahlen und Wirtschaftsstrukturen.
 1. Pensionen von Staatbediensteten als Prozentsatz der letzten Gehälter
 2. Renten als Prozentsatz der vergangenen mittleren Einkommen
 3. Zinsen für alte Staatsschulden
 4. Finanzierung künftig abzulösender alter und neuer Staatsschulden

Zu 1 und 2: In der BRD wird für die Bezahlung zukünftiger Pensionen und Renten kein Kapitalstock²¹ aufgebaut (Versicherungsverfahren, bei dem sich der aus Beiträgen angesammelte Kapitalstock durch zwischenzeitliche, rentierliche Anlage vermehrt).

Sie werden seit 1957 aus laufenden Abgaben von Unternehmen und Bürgern in Form von Steuern und Sozialbeiträgen in einem Umlageverfahren finanziert. Der damit verbundene „Generationenvertrag“ des Rentensystems und ein nur wahltaktisch zu begründendes hohes, erstes Rentenniveau (70%) waren 1956/57 wahlentscheidende Parteiversprechen²². Den Politikern war klar, dass das im Gegensatz zu einem Kapitalstock-Verfahren sofort anwendbare Umlageverfahren, unabhängig von der versprochenen Rentenhöhe, in größte Gefahr gerät, wenn die Bevölkerung abnimmt. Konrad Adenauer wischte alle diesbezüglichen Bedenken und auch Vorschläge zur einer damit verbundenen besonderen Förderung von Familien mit Kindern vom Tisch, mit der berühmten Bemerkung „Kinder bekommen die Leute immer!“

Der nach Zulassung der ersten Antibabypille 1960 einsetzende „Pillenknick“ offenbarte dies als Illusion, zumal auch in der Folgezeit die Regierung keine energischen Maßnahmen zur Förderung von mehr Nachwuchs ergriff.

Bild 6 veranschaulicht die Wirkung einer aktuell realistischen BRD- Geburtenrate bei zeitlich unveränderlichen Variablen.

²⁰ C. Northcote Parkinson „Parkinsons neues Gesetz“ Rowohlt ISBN 3 499 17848 6

²¹ Das war die Basis der unter Bismarck aufgebauten Rentenversicherung, deren Kapitalstock allerdings zweimal durch Inflation nach verlorenen Weltkriegen vernichtet wurde. Dieses bescheidene Modell war lange dadurch akzeptabel, dass das Lebensalter nur wenig über dem Renteneintrittsalter lag.

²² <https://www.welt.de/incoming/article109407760/Kinder-kriegen-die-Leute-immer.html>

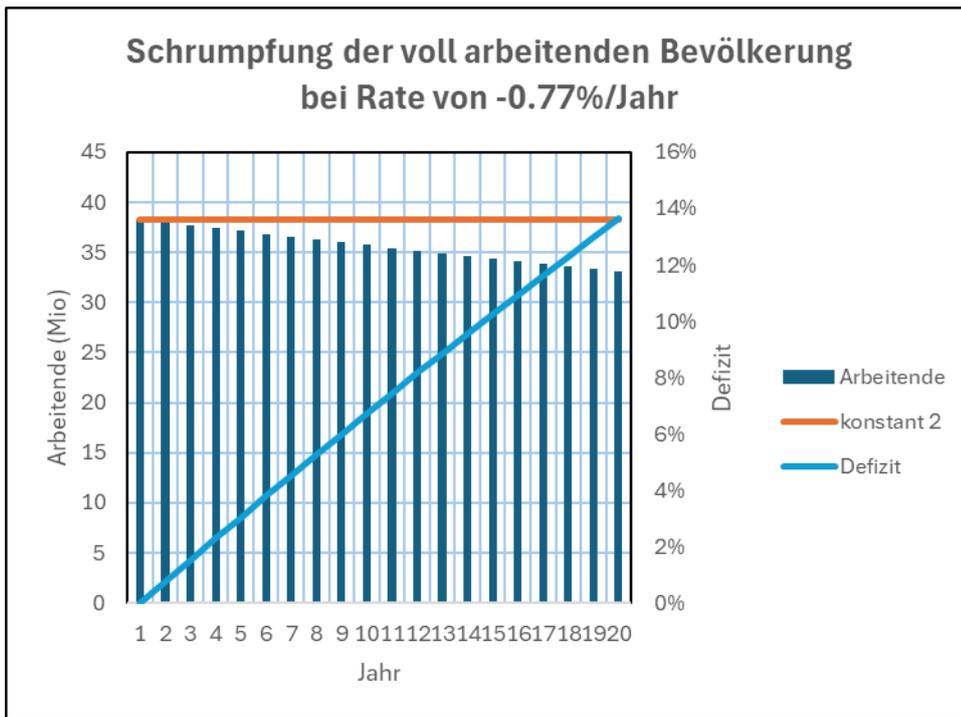


Abbildung 6

Gegenüber der ursprünglich mit 2 angenommenen effektiven Geburtenrate (rote Linie) führt die heutige Rate von ~ 1.37 zu der abfallenden Zahl der Erwerbstätigen. Zum Ausgangsjahr ergibt sich ein ansteigendes Defizit von rund 0,7% / Jahr.

Um das Steueraufkommen und den Etat der Rentenkasse konstant zu halten, müssten

- die Steuer jährlich um 0,7% erhöht werden
- der Rentenbeitrag jährlich um 0,7% erhöht werden
- oder ein Zuzug entsprechend 0,7% sofort arbeitsfähiger Erwerbstätiger (266.000 Alleinstehende, bzw. mit Frau und 2 Kindern rund 1 Million Personen) zugelassen und erreicht werden.

Die Alternative wäre Absenkung der Staatsausgaben um 0,7% pro Jahr und entsprechendes Abschmelzen des Apparats der Rentenversicherung.

Da diese beiden Spar-Maßnahmen politisch höchst unattraktiv sind und die dritte nur teilweise durchführbar, wurde die übrigbleibende Lücke zunehmend mit Steuergeld gestopft, also durch Zuschüsse aus der Steuerkasse an die formal unabhängige Rentenkasse. Dieses Geld fehlt natürlich dann für die staatlichen Grundaufgaben, wie Bildung, Infrastruktur und Verteidigung.

Schließlich haben spätere BRD-Regierungen aus politischen Gründen Änderungen von Demographievariablen erzeugt, die das hier interessierende Dilemma verschärften

5. Erhöhung des Berufseintritts- Alters (mit der Bildungsreform).
6. Absenkung des Renteneintritts-Alters und Förderung von Teilzeitarbeit.
7. Förderung des Wandlung vom Industrie- zum Dienstleistungsstaat.
8. Investitionen in veraltende Industrien zur „Arbeitsplatzsicherung“.

Die Wirkung von 5 und 6 ist aus den Graphiken unmittelbar einleuchtend.

Zu 7.): Der jährlich für realen Einkommens- und Steuerzuwachs verfügbare Betrag ergibt sich aus dem Rationalisierungserfolg der Wirtschaft: wieviel mehr an realen Werten wird bei gleichem Einsatz von Arbeit und Kapital erzeugt? Die industrielle Wirtschaft und auch die Landwirtschaft kann über längere Zeit Rationalisierungserfolge von mehreren Prozent pro Jahr erzielen. In der Dienstleistungswirtschaft²³ (Behörden, Gastgewerbe, Gesundheitswesen, Bildungswesen, etc.) ist

²³ In der politischen und medialen Diskussion wird der Begriff *Dienstleistung* gerne für alle Tätigkeiten verwendet, die nicht vorwiegend mit Maschinen und damit bestückten Fabriken verbunden sind. Er reicht dann vom Frisör über

nur ein minimaler Rationalisierungsgewinn erzielbar, wenn er denn überhaupt ein Ziel ist. Die von den BRD-Regierungen geförderte oder mindestens wohlwollend beobachtete Wandlung der Bundesrepublik von einer Industrie- in eine Dienstleistungs- Gesellschaft hat damit in den letzten Dekaden zu einer starken Senkung von möglichen Arbeits- und Steuereinkünften geführt, die den Spielraum politischer Entscheidungen einengt und dazu verführte die Steuerschraube immer weiter anzuziehen

Zu 8.) In einer freien Marktwirtschaft sorgt die Konkurrenz um Mitarbeiter und Kapital dafür, dass weniger mit wechselnden Umständen fertig werdende Unternehmen (veraltende) untergehen und neue Unternehmen mit vermutlich besseren Zukunftsaussichten entstehen und aufblühen. Der Mechanismus dafür ist die Konzentration des knappen Kapitals auf die vermutlich langfristig bestrentierlichen Objekte.

Diese *schöpferische Zerstörung*²⁴, ein von dem Ökonomen Josef Schumpeter geprägter Begriff, sorgt für die Erneuerung innerhalb der Gesellschaft, ist aber natürlich mit großen Schmerzen der Negativbetroffenen verbunden: der Eigentümer, deren Besitz wertlos wird, vor allem aber der Beschäftigten, die ihre Anstellung verlieren und mit ihre bisherigen Qualifikation vielleicht nur schwer einen gleichwertigen neuen Arbeitsplatz finden, schon gar am alten Wohnsitz.

Deutsche Politiker allgemein, besonders aber die mit besonders ausgeprägtem sozialen Verantwortungsbewusstsein, geraten immer wieder in Versuchung diesen Prozess der Erneuerung unter Berufung auf die *Arbeitsplatzsicherung* in Unternehmen mit großer Mitarbeiterzahl aufzuhalten und sind schnell bereit Steuermittel dafür als Subvention oder gar als Staatbeteiligung aufzuwenden²⁵, die das weit übersteigen, was sie für die punktuelle Förderung des Erneuerungsprozesses (Innovation) einzusetzen bereit sind. Damit wachsen langfristig neue Unternehmen, Einkommen und Steuern langsamer als bei *freiem Spiel der Kräfte* (wie typisch für die USA, Singapur oder China).

10. Hätte es eine Alternative gegeben?

Schon beim Beschluss über die Einführung der umlagefinanzierten Rente hatten Fachleute des Wirtschaftsministerium darauf gedrängt, durch eine ausgeprägte Familienpolitik und finanzielle Entlastung der Eltern dem Risiko eines Geburtenrückgangs gegenzusteuern. Daraus wurde in der Folgezeit eine halbherzige Politik, welche den mit dem Aufziehen von Kindern verbundenen Verzicht auf materielle Lebensqualität bei weitem nicht kompensiert. Allerdings konnte man damals auch den dramatischen, durch die *Pille* und den veränderten Lebensstil ermöglichten und begründeten Rückgang nicht voraussehen.

Eine große und in ihrer Wirkung viel weitergehende Alternative wäre gewesen, in der Wirtschaftspolitik darauf hinzuwirken, dass die deutsche Wirtschaft ihr ursprünglich hohes Rationalisierungspotential behält und durch einen zielgerichteten Strukturwandel weiterentwickelt.

die Krankenschwester, den Beamten und den Rechtsanwalt bis zu *Software-Entwicklung, KI-Methoden, und digitalen Plattformen*. Letztere sind ihrer Struktur nach Industrien mit entsprechend hohem Wachstum und Rationalisierungsmöglichkeiten. Eine Vermengung der Begriffe vernebelt Aussagen über die zukünftige Entwicklung für Staat und Gesellschaft.

²⁴<https://www.bing.com/search?q=kreative+zerst%C3%B6rung+schumpeter&pc=GD02&form=GDATVP&ptag=1100>

²⁵ aktuell z.B. *Stahl und Eisen, Automobilbau, Werften,*

Eine zusätzliche Rationalisierungsrate von 0.7% pro Jahr hätte genügt, um die wirtschaftlichen Konsequenzen des tatsächlichen Geburtenrückgangs für Steueraufkommen und Rentenkasse bei schrumpfender Bevölkerung einzufangen.

Für die Bürger hätte dies durchweg positiv wirtschaftlichen Konsequenzen gehabt:

- Das reale Einkommen hätte um den zusätzlichen Rationalisierungserfolg gesteigert werden können
- Es wäre ein stetiger Überschuss an Immobilien-Altbestand, entstanden, der die überinflationäre Steigerung von Mieten und Neubaukosten gebremst hätte – nicht zur Freude der Bauinvestoren und Vermieter!
- Die Verknappung an potentiellen Mitarbeitern hätte Druck auf Unternehmen ausgeübt, sich im Strukturwandel intensiv um Neuqualifizierung vorhandener Mitarbeiter zu kümmern

Ein möglicher Nachteil hätte für den Einzelnen in persönlichen Anforderungen liegen können, die weiter oben im Zusammenhang mit dem Begriff *schöpferische Zerstörung* beschrieben wurden.

Warum ist man diesen Weg nicht gegangen?

Der Grund ist die beschriebene Risikoscheu des typischen deutschen Managers, der eine ähnliche Haltung führender Politiker entspricht (Wahlslogan CDU 1957 *Keine Experimente!* 1961 CDU *Ab Morgen keine Experimente!* Quelle²⁶), und die wohl insgesamt ein Merkmal des *typischen Deutschen* ist. Solange die Möglichkeit besteht, bescheiden im Bewährten fortzufahren, besteht kein Anreiz riskante, höhere Ziele anzustreben!

Die Grundhaltung von deutscher Industrie und Politik passte zusammen und das ging auch gut, solange nicht andere Staaten uns mit Risiko und Erneuerung überflügelten.

11. Die ethisch-moralische Seite einer Einwanderungspolitik.

Es ist die aktuell verfolgte politische Linie zur Lösung des Geburtendilemmas, das Geburtendefizit durch Zuwanderung auszugleichen, und zwar durch Zuwanderung im arbeitsfähigen Alter und nach Möglichkeit mit einer deutschem Standard nahekommenden Ausbildungsstand.

Gegenüber den Ursprungsländern ist das eine sowohl materiell wie ethisch höchst fragwürdige Vorgehensweise.

Materiell

Mit einem 20jährigen Migranten importiert die BRD die bis dahin für dessen Aufzucht und Bildung investierten Kosten des Heimatlandes – kostenlos und ohne Kompensation an sein Heimatland.

Setzt man die Kosten fairerweise äquivalent zur BRD an, so betragen sie pro Person ca. $20 \cdot 12 \cdot 500 = 120.000$ €. Bei einem notwendigen Zuzug von 400.000 /a beträgt der Migrationsgewinn pro Jahr 48 Milliarden €.

²⁶https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Wahlkampflogans_aus_den_deutschen_Bundestagswahlk%C3%A4mpfen

Ideell

Mit dem Abwerben von Fachkräften werden dem Heimatland die Bürger entzogen, die für seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt besonders wichtig sind. Das ist eine Art negative Entwicklungshilfe, welche die Entwicklung des Landes gegenüber dem aus eigener Kraft Möglichem zurückdreht.

Im eigenen Land

Mit dem kontinuierlichen Zuzug von Fachkräften und Familien aus ursprünglich fremden Kulturen verändert sich das kulturelle Selbstverständnis der BRD, weil ein Teil der Zugewanderten ursprüngliche Besonderheiten in Sprache, Religion, Gebräuchen, Verhaltensweisen zu bewahren bestrebt ist. Das kann man als Bereicherung von Vielfalt, aber auch als Rückfall bei Emanzipation und Allgemeinverbindlichkeit beurteilen.

12. Fazit

Die Renten- und Bevölkerungspolitik der Bundesregierungen hat die BRD in eine demographische Falle geführt, aus der kein gradueller Ausweg mehr erkennbar ist, zumal ihre mit außereuropäischer Zuwanderung verbundene Veränderung auf Widerstand wachsender Bevölkerungsschichten stößt und sich die Gefahr einer radikal nationalistischen Machtübernahme mit der erstaunlichen Zuwachs der AfD im Wahlkampf 2025 andeutet.

Die vorstehende Analyse zeigt die Zusammenhänge auf. Daraus ablesbare, radikale Umsteuerungen erscheinen bei den tatsächlichen politischen Machtverhältnissen nach der Wahl 2025 kaum umsetzbar und so wird es wohl vorläufig beim Zुकleistern des Problems mit nicht vorhandenem Geld (Schulden) bleiben.

FINIS